



22. Februar 2013

Verlässliche und praxistaugliche Agrarpolitik statt Zwangsjacke

Heidl fordert EU-Agrarrat zu Nachbesserungen für bayerische Bauernfamilien auf

München (bbv) – Ab Montag werden die abschließenden Beratungen des EU-Agrarrates zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) anlaufen. Bis Ende März wollen die EU-Agrarminister ihre Verhandlungsposition für den sogenannten Trilog mit dem EU-Parlament und Agrarkommissar Ciolos beschließen. „Für unsere über 100.000 Bauernfamilien geht es jetzt ans Eingemachte. Es geht darum eine EU-Agrarpolitik auf den Weg zu bringen, die uns Landwirte auch künftig unterstützt“, erklärt Walter Heidl, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes. Vor zwei Wochen hätten die Staats- und Regierungschefs den EU-Haushalt bis 2020 beschlossen. Er zieht leider bereits Kürzungen von bis zu zehn Prozent für alle Bauern bei deren Betriebsprämien nach sich. „Angesichts der deutlichen Einbußen bei den Direktzahlungen müssen die Agrarminister jetzt umso mehr Korrekturen an den zu starren Vorschlägen der EU-Kommission vornehmen“, erläutert Heidl. „Nur so kann die künftige GAP für bayerische Milchbauern, Ackerbauern, Schweinehalter, Sonderkulturbetriebe, Nebenerwerbsbetriebe und Bergbauern praxistauglich werden.“ Die Vorschläge der EU-Kommission für ein Greening mit Fruchtfolgevorgaben, zusätzlichen Auflagen beim Grünland und weitreichenden Einschränkungen beim Ackerbau machten den Landwirten in allen Teilen Bayerns große Sorgen. „Wir benötigen unsere Flächen, um Lebensmittel, Futter und Biomasse zu erzeugen“, sagt Heidl. „Wir Bauern brauchen ein praxistaugliches Greening, keine Zwangsjacke. Hier müssen die Agrarminister dringend nachbessern!“

Die Direktzahlungen sicherten in den letzten Jahren etwa 40 bis 50 Prozent des Einkommens der Familienarbeitskräfte auf Bayerns Bauernhöfen. Die Direktzahlungen sind dabei ein Ausgleich für Mehrkosten durch die weltweit höchsten Umwelt-, Lebensmittelsicherheits- und Tierhaltungsstandards und gleichzeitig Entgelt für die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft. Die bayerischen Bauern versorgen die Bevölkerung nicht nur mit hochwertigen Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen, sondern erhalten und pflegen außerdem die attraktive Kulturlandschaft im Freistaat. Somit ist auch ein anderer wichtiger Wirtschaftszweig in Bayern direkt von den Direktzahlungen als Grundsicherung für die bayerische Landwirtschaft abhängig: der Tourismus. „Wer aktuell die Direktzahlungen madig macht, zusätzliche Kürzungen und eine Umverteilung zwischen der ersten und zweiten Säule der Agrarpolitik fordert, greift den Bauernfamilien direkt ins Portemonnaie – und zwar bei konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betrieben gleichermaßen“, warnte Heidl.